



Sollte der Erlass der o.a. Rückzahlung/en nach Maßgabe der De-minimis Regelungen nicht oder nicht vollständig möglich sein, beantrage ich – sofern eine andere rechtssichere Beihilferegelung vorliegen sollte – den weiteren Erlass der nach De-minimis nicht erlassbaren Rückzahlungen nach Maßgabe dieser dann ggf. zur Verfügung stehenden Rechtsgrundlage (wie z.B. die in dem Erlassverfahren der Bundesregierung befindliche „Vierte geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen“). Mir/uns ist bekannt, dass hierfür ggf. weitere Auskünfte zu erteilen und/oder Dokumente nachzureichen sind.

Ja  Nein

Sollte der Verzicht auf die o.a. in 2021 fällige/n Rückzahlung/en nicht oder nicht vollständig möglich sein, wird eine Stundung der Rückzahlung bis zum einschließlich 31.12.2021 beantragt. Da eine Stundung längstens bis zum 31.12.2021 möglich ist, würde der sich so ergebende Betrag, auf dessen Rückzahlung nicht verzichtet werden kann, automatisch ohne dass es einer weiteren Benachrichtigung bedarf zum 01.01.2022 zur Rückzahlung fällig.

Ja  Nein

-----  
Ort/Datum

-----  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)  
und Firmenstempel

## A. De-minimis-Erklärung des/der Antragsteller\*in im Sinne der EU-Verordnungen für *De-minimis-Beihilfen*

### 1. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer *Fusion* oder *Übernahme* müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von *Unternehmensaufspaltungen* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

## 2. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich als *ein einziges Unternehmen* gemäß Punkt 2 über die beantragte Beihilfe hinaus im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren

keine

folgende

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe (bitte die beantragten De-minimis-Beihilfen besonders kennzeichnen):

- Allgemeine-De-minimis-Beihilfen  
im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen<sup>1</sup> bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen<sup>2</sup>,
- Agrar-De-minimis-Beihilfen  
im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor<sup>3</sup> bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission vom 20. Dezember 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Agrarerzeugnissektor<sup>4</sup>,
- Fisch-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor<sup>5</sup> und
- DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen<sup>6</sup>.

Bitte kreuzen Sie an, um welche De-minimis-Beihilfen es sich handelt.

DATUM DER BEWILLIGUNG	ZUWENDUNGS- GEBER	AKTEN- ZEICHEN / KONTO- NUMMER	FÖRDER- SUMME IN €	SUB- VENTIONS- WERT IN €	DE-MINIMIS- BEIHILFEN			
					ALLGEMEIN	AGRAR	FISCH	DAWI
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben in den Punkten 1 und 3 subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, der Prüfgesellschaft unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.

Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Ort / Datum

## B. Erklärung des/der Antragsteller\*in zu „Unternehmen in Schwierigkeiten“

Anträge bei der MFG können nicht bewilligt werden, wenn Sie / Ihr Unternehmen sich in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Union L 187 vom 26.6.2014, S. 1.) (AGVO) befindet.

Ja, ich/wir befinde/n mich/uns in Schwierigkeiten.

Falls Sie mit „JA“ geantwortet haben (gilt nur für bis zum 30. Juni 2021 gestellte Anträge):

Ja, ich/wir habe/n mich/uns am 31.12.2019 in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der AGVO befunden

Nein, ich/wir habe/n mich/uns am 31.12.2019 **nicht** in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der AGVO befunden

Nein, ich/wir befinde/n mich/uns **nicht** in Schwierigkeiten.

-----  
Ort/Datum

-----  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)  
und Firmenstempel

## C. Sonstige Erklärungen und Zusicherungen des/der Antragsteller\*in

### Der/die Antragsteller\*in erklärt und versichert, dass

- er/sie die aktuelle Fassung der Vergabeordnung für die baden württembergische Filmförderung vom 01.07.2020 (VO) in vollem Umfang zur Kenntnis genommen hat;
- die einschlägigen Bestimmungen der AGVO in der zum Zeitpunkt der Antragsstellung gültigen Fassung bekannt sind und eingehalten werden, insbesondere dass der/die Antragsteller\*in kein Unternehmen gemäß Art. 1 Abs. 2 bis 5 der AGVO ist und keine Rückforderungsanordnungen an den/die Antragsteller\*in aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt ergangen sind oder aber der/die Antragsteller\*in solchen Rückforderungsanforderungen vollständig nachgekommen ist/sind;
- die beantragte Maßnahme nicht gegen die Verfassung oder gegen Gesetze verstößt;
- es sich bei der beantragten Maßnahme nicht um ein Industrie-, Werbe- oder Imagefilme o.ä. Projekt handelt;
- die Kosten der beantragten Maßnahme branchenüblich und nach dem Grundsatz sparsamer Wirtschaftsführung kalkuliert sind;
- er/sie davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben des Antrags auf Erlass und/oder Stundung von fälligen Darlehensrückzahlungen (einschließlich Anlagen), von denen die Bewilligung, Gewichtung, Weitergewährung oder das Belassen der Förderung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch i.V.m. § 1 Landessubventionsgesetz sind. Diese Tatsachen und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges sind bekannt;
- er/sie damit einverstanden ist, dass Sachverständige zur Beurteilung des Projektes angehört werden;
- er/sie damit einverstanden ist, dass alle sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten in automatisierten Verfahren, Dateien und Akten oder sonstigen amtlichen Zwecken dienenden Unterlagen gespeichert und allen am Verfahren Beteiligten zur Kenntnis gegeben werden;
- ihm/ihr bekannt ist, dass die Antragsunterlagen Eigentum der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH werden und auch im Fall der Nichtförderung keine Rücksendung der Antragsunterlagen nebst Anlagen erfolgt. Dies gilt auch für mit übersandte CDs, DVDs, USB-Sticks etc.

-----  
Ort/Datum

-----  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)  
und Firmenstempel

### Erklärung zum Datenschutz

Ich/wir bestätigen, dass ich/wir die für die weitere Bearbeitung des Förderungsantrags notwendigen Daten, insbesondere auch personen- und/oder firmenbezogene Daten, laut Antrag nebst allen Anlagen und Ergänzungen freiwillig zur Verfügung stelle(n).

Dies gilt auch hinsichtlich aller weiteren Daten, die ich/wir in diesem Zusammenhang künftig (z.B. Ergänzungen, Aktualisierungen oder sonstige Nachreichungen zum Förderungsantrag) übermitteln werde(n).

Ich/wir willige(n) ein, dass diese Daten ganz oder zum Teil von der MFG gespeichert werden.

Weiterhin willige(n) ich/wir ein, dass alle sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten in automatisierten Verfahren, Dateien und Akten oder sonstigen amtlichen Zwecken dienenden Unterlagen gespeichert und gleich wie den Antragsunterlagen selbst nebst allen Anlagen und jeweiligen Nachreichungen und Ergänzungen im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben der MFG verwendet und/oder publiziert (z.B. Branchenverzeichnisse) und allen am Verfahren Beteiligten (einschließlich der von der MFG Filmförderung eingeschalteten Experten und den von der MFG im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Antrages/Abwicklung der Förderung beauftragten Dritten wie z.B. der PwC) zur Kenntnis gegeben werden können.

Insbesondere erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden, dass Daten wie Name, Anschrift, Titel und Kurzzinhalt des Films, kalkulierte Herstellungskosten, Antragssumme ggf. bewilligte Fördersumme, Finanzierungsplan etc. an andere (insbesondere, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, filmfördernde) Stellen und/oder die Gesellschafter der MFG weitergegeben werden können.

Die MFG behält sich ferner vor, die Förderung des Vorhabens durch eine Pressemitteilung bekanntzugeben, in der der Name des geförderten Antragstellers, Titel und Kurzzinhalt des Vorhabens, die Namen von Regisseur\*in, der Produzenten, Autor\*in und der Darsteller sowie die Höhe der Förderungssumme und ggf. mögliche Finanzierungspartner genannt sind, es sei denn, der/die Antragsteller\*in widerspricht dem ausdrücklich.

Die MFG ist im Förderungsfalle aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben verpflichtet, den Namen/die Firma des/der Antragsteller\*in, die Art der Förderung, den Förderungsbetrag, den Tag der Gewährung, die Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen), die Region in der der/die Antragsteller\*in angesiedelt ist (auf NUTS-Ebene 2), sowie den Hauptwirtschaftszweig in dem der/die Antragsteller\*in tätig ist (auf Ebene der NACE-Gruppe) auf einer Website zu veröffentlichen; ich/wir erklären uns mit den vorstehend benannten Veröffentlichungspflichten der MFG ausdrücklich einverstanden.

-----  
Ort/Datum

-----  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)  
und Firmenstempel

Ich/wir versichern die Richtigkeit und die Vollständigkeit aller Angaben in diesem Antrag und seinen Anlagen. Ich/wir verpflichte/n mich/uns Änderungen oder Ergänzungen zu sämtlichen in diesem Antrag und seinen Anlagen, insbesondere der vor- und nachstehenden Erklärungen und Versicherungen enthaltenen Angaben der MFG Baden-Württemberg mbH unverzüglich mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage der hier beantragten Förderung bekannt werden.

-----  
Ort/Datum

-----  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)  
und Firmenstempel